
Medienmitteilung der SVP Aargau

Nein zur Bevormundung

Die SVP anerkennt zwar die nötige Umsetzung von Bundesrecht im Energiebereich. Der vorliegende Entwurf für die Teilrevision des Energiegesetzes geht aber weit darüber hinaus. Es wäre ein grosser Eingriff in diverse Lebensbereiche und gibt dem Regierungsrat und der Verwaltung weitgehende Befugnisse. Alles, was sinnvoll Energie einspart wird sich auch ohne Zwang durchsetzen und braucht keine derartige Überregulierung und Bevormundung.

Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren sind für den Kanton Aargau nicht bindend und nicht demokratisch legitimiert. Es kann nicht sein, dass auf diesem Wege den Privaten und der Wirtschaft unnötige Kosten und Bürokratie aufgezungen werden. Deshalb gilt es, in der parlamentarischen Beratung die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Was sinnvoll ist, wird eh ohne Zwang umgesetzt. So dämmt heute jeder Bauherr seinen Neubau nach dem Stand der Technik. Dass jeder Neubau aber noch mit Energieerzeugungsanlagen für die Deckung des eigenen Energiebedarfs ausgerüstet oder im Gegenzug ein Ablasshandel eingegangen werden muss, ist für einen liberalen Staat unwürdig. Auch bezweifelt die SVP, dass dies zielführend ist und die Netzstabilität gewährleistet werden kann. Auch optimiert das Gewerbe und die Industrie ihre Gebäude laufend. Es braucht dazu keinen Zwang.

Sollte die Vorlage nicht auf das notwendige Minimum zusammengestrichen werden wird die SVP dagegen das Referendum ergreifen.

Staufen, 10. Mai 19

Weitere Auskünfte für Medienschaffende:

*Nationalrat Thomas Burgherr, Parteipräsident,
079 344 80 27*